ECONSTOR
*Make Your Publications Visible.*

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

# Kurz kommentiert: USA - Europäische Gemeinschaften - Forschungsförderung - Entwicklungspolitik - Energiepolitik

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1980) : Kurz kommentiert: USA - Europäische Gemeinschaften - Forschungsförderung - Entwicklungspolitik - Energiepolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 5, pp. 213-214

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135433

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

USA

## Rezession mit Verspätung

Die seit langem prognostizierte Rezession in den USA scheint nunmehr begonnen zu haben. Darauf deuten sowohl die vorliegenden Daten für die Nachfrage als auch die verstärkt auf Stabilisierung ausgerichteten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen hin.

Daß die Rezession sich gegenüber den Prognosen so sehr „verspätete", liegt vor allem am überraschenden Verhalten der Verbraucher. Angesichts der grassierenden Inflationsmentalität – die Verbraucherpreise sind in den USA innerhalb eines Jahres um fast 15 % gestiegen – war zwar durchaus erwartet worden, daß die Konsumenten Käufe vorziehen würden, um absehbaren Preissteigerungen zuvorzukommen. Dies konnte bei seit längerem rückläufigen Realeinkommen nur zu Lasten der Sparquote gehen. Das Ausmaß dieser Reaktion wurde jedoch unterschätzt. Lange Zeit nur zögernd steigende Zinsen trugen zusätzlich dazu bei, daß die Konsumneigung trotz der sich schon verschlechternden Beschäftigungsaussichten unerwartet stark zunahm. Die Sparquote ist dadurch auf den historischen Tiefstand von 3,4 % zurückgegangen (Durchschnitt 1970 bis 1979: 6,4 %).

Für die Zukunft verheißt diese Entwicklung nichts Gutes. Bei vorerst weiter sinkendem Realeinkommen und der mit den ungünstigeren Konjunkturerwartungen wieder steigenden Sparneigung wird der private Verbrauch merklich zurückgehen und dadurch auch die Entwicklung in anderen Bereichen dämpfen. Wäre die Sparquote nicht so weit gesunken, hätte die Rezession zwar bereits früher begonnen, sie wäre aber vermutlich milder verlaufen. So gesehen war der Zeitgewinn lediglich ein Pyrrhussieg. jh

Europäische Gemeinschaften

## Luxemburger Debakel

Die unnachgiebige Haltung Margaret Thatchers in der Frage der Verringerung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt hat die Gemeinschaft in eine schwere Krise gestürzt. „Mrs. No", wie die britische Premierministerin apostrophiert wurde, machte in Luxemburg auf dem EG-Gipfel deutlich, daß ohne eine Lösung des Budgetproblems im britischen Sinne alle wichtigen Abkommen am Veto Großbritanniens scheitern würden. Sie zog zudem – wenn auch als letztes Mittel – die rechtlich nicht zulässige Verweigerung des britischen Mehrwertsteueranteils in Betracht, um ihren Finanzwünschen stärker Nachdruck zu verleihen. Die starre britische Haltung ist dabei letztlich Ausdruck des Versuchs, sich von der immer mehr Mittel verschlingenden Gemeinsamen Agrarpolitik stärker abzukoppeln, die vor allem den wohlhabenden EG-Staaten zugute kommt.

Nach dem Dubliner Gipfel hatten die Partnerländer in Luxemburg erheblich „zugelegt", um den britischen Beitrag zum EG-Haushalt von 4,5 Mrd. DM für 1980 um 70 % gegenüber den ursprünglich angebotenen 30 % zu reduzieren. Damit sollte Luft für die Vorbereitung einer längerfristigen Budgetregelung geschaffen werden. Großbritannien hätte anschließend immer noch auf eine Reform des Agrarsystems hinwirken können. „Mrs. No" beharrte jedoch auf einer sofortigen Festlegung der britischen Höchstbeiträge für mindestens drei Jahre. Denn angesichts der bisherigen Entwicklungen scheint man in Großbritannien nicht an eine wirksame Agrarreform zu glauben. Hinzu kommt, daß Margaret Thatcher wegen der eigenen Probleme im Lande einen Erfolg an der „EG-Front" gut gebrauchen kann.

Politisch dürfte das Luxemburger Debakel eine Verringerung des internationalen Einflusses der EG mit sich bringen. Erklärungen zur internationalen Lage durch eine Gemeinschaft, die nicht einmal ihre eigenen Probleme in den Griff bekommt, dürften kaum noch ein großes Gewicht besitzen. kr

Forschungsförderung

## Im Kreuzfeuer

Seit Jahren beklagen sich die Arbeitgeberverbände über das Ausmaß der projektgebundenen (direkten) Forschungsförderung. Die Forderung von Horst Knapp, dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes der hessischen Metallindustrie, die Innovationslenkung durch direkte Forschungsförderung nicht zum Prinzip der Forschungspolitik zu erheben, ist deshalb nicht neu, wenn auch unbegründet. Nach Schätzung des BMFT stieg das Verhältnis von indirekter (steuerlicher) zu direkter Förderung von Forschung und Ent-

wicklung von 1 : 20 im Jahre 1975 auf 1 : 3 im Jahre 1979. Direkt gefördert werden vor allem marktferne Großprojekte. Von den im Regierungsentwurf 1979 für Schwerpunktprogramme vorgesehenen 5,1 Mrd. DM entfielen allein 4,2 Mrd. DM auf die Grundlagen-, Energie-, Weltraum-, Luftfahrt- und Meeresforschung. Hierbei handelt es sich um langfristige Entwicklungen, die überwiegend in absehbarer Zeit nicht rentabel sind.

Auf der anderen Seite stellt sich jedoch die grundsätzliche Frage, ob die Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesregierung im Endergebnis einen positiven Beitrag zur Lösung der gesamtwirtschaftlichen und sozialen Aufgaben des Staates zu leisten vermag. In seinem VI. Forschungsbericht räumt der Bundesforschungsminister selbst Beschäftigungsrückgänge in der verarbeitenden Industrie aufgrund der von ihm direkt geförderten Mikroelektronik ein. Und die ebenfalls vom BMFT geförderte Datenverarbeitungstechnik läßt nicht zu unterschätzende Arbeitsplatzverluste im Dienstleistungsbereich befürchten. Zudem sollte das forschungs- und technologiepolitische Gesamtkonzept der Bundesregierung für kleine und mittlere Unternehmen nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Löwenanteil der Forschungsförderung von Großunternehmen in Anspruch genommen wird. Es gilt deshalb stärker als bisher, Elemente der Beschäftigungs-, Wettbewerbs- und Umweltpolitik in die Modalitäten der Forschungsförderung einzubauen. mm

**Entwicklungspolitik**

## Bekannte Positionen

Die entwicklungspolitische Aussprache des Deutschen Bundestags am 25. April bot die Chance einer grundsätzlichen Klärung kontroverser Fragen zur Entwicklungspolitik. Doch anstatt Entwicklungspolitik im Zeichen der verschärften weltpolitischen Spannungen zwischen Ost und West zu diskutieren und ihre politischen Voraussetzungen und Folgen zu analysieren, wurden überwiegend bekannte Positionen wiederholt. Die meisten Redner vermieden es, den Beitrag der Entwicklungspolitik zur Gesamtpolitik im Rahmen der veränderten Weltlage zu kennzeichnen und damit Leitlinien für die künftige Entwicklungspolitik zu formulieren.

Einig waren sich alle Sprecher darin, die Entwicklungshilfe zu steigern und die Kooperation als ein Instrument der weltweiten Friedenspolitik zu gestalten. Übereinstimmend wurde die Forderung akzeptiert, die Effizienz der Maßnahmen zu erhöhen und bisher sträflich vernachlässigte Bereiche und Sektoren zu fördern. Daß Entwicklungspolitik auch soziale Ziele verfolgen soll, stand ebenfalls für alle Redner außer Zweifel.

Diese pauschalen Erklärungen sind jedoch nicht geeignet, die zahlreichen entwicklungspolitischen Fragen zu beantworten, die die Öffentlichkeit und die Wähler an die Parteien stellen. Auch Fachleute zeigen sich über die Debatte irritiert, wurden doch die zahlreichen ungeklärten Probleme bei der Verwirklichung der Grundsätze der Entwicklungspolitik kaum erwähnt, geschweige denn Lösungsvorschläge unterbreitet. So verwundert es nicht, wenn die entwicklungspolitische Aussprache in der Öffentlichkeit auf kein großes Echo stieß. mk

**Energiepolitik**

## Entscheidende Phase

Seit vielen Jahren versuchen die Befürworter der Kernkraft den Politikern und der Bevölkerung klarzumachen, daß in Zukunft nur die Wahl zwischen einer entschlossenen Erweiterung der Anzahl von Kernkraftwerken oder einer zunehmenden Arbeitslosigkeit bleibe. Andere, durchaus ernst zu nehmende Untersuchungen, wie z. B. die gerade vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung veröffentlichte Studie, kommen dagegen zu dem Ergebnis, daß Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum mit unterschiedlichen energiewirtschaftlichen Strukturen zu vereinbaren sind. Es gibt sogar Argumente für die Vermutung, daß sich mit verstärkten Maßnahmen für eine rationellere Energienutzung und bei einem Verzicht auf mehr (Atom-)Strom die Arbeitsmarktprobleme der Zukunft besser meistern ließen.

Angesichts der kontroversen Standpunkte über die richtige Energiepolitik hat der Bundestag der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik" den Auftrag erteilt, die Implikationen unterschiedlicher Strategien in einer Untersuchung aufzuzeigen. Obwohl der Bericht erst im Juni vorliegen wird, sind schon im vergangenen Monat Auszüge an die Presse gelangt, die Zweifel daran aufkommen lassen, ob es der Kommission gelingen wird, den Auftraggebern wesentliche Entscheidungshilfen an die Hand zu geben. Inwieweit diese Zweifel begründet sind, wird sich erst nach dem Vorliegen des Berichts klären lassen. Auf jeden Fall deuten die Vorveröffentlichungen und die schon jetzt anlaufende Diskussion um die noch nicht fertige Studie darauf hin, daß die Auseinandersetzung um die zukünftige deutsche Energiepolitik – innerhalb und außerhalb der Kommission – in eine entscheidende Phase eingetreten ist. ma